

BERLIN AKTUELL

**BÄRBEL
BAS**



FÜR DUISBURG IN BERLIN.

**MAHMUT
ÖZDEMİR**



IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:

MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Berlin Aktuell

Newsletter der Bundestagsabgeordneten
Bärbel Bas & Mahmut Özdemir
Ausgabe 01/2017 – 23.01.2017

Liebe Leserinnen und Leser,

wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden auch im neuen Jahr 2017 unsere Demokratie entschlossen verteidigen. Wir zeigen Gesicht und Haltung, denn wir stehen für ein freies und solidarisches Europa. Das ist unsere klare Botschaft an die anti-europäische Rechte, die sich am Samstag in Koblenz getroffen hat.

Wir sagen dem Extremismus den Kampf an, egal von welcher Seite er kommt. Deshalb ist Präventionsarbeit für uns so wichtig. Der Deutsche Bundestag hat außerdem in den zurückliegenden Monaten die gesetzlichen Grundlagen für die Terrorbekämpfung verbessert und auf Druck der SPD mehr Stellen bei Bundespolizei und Sicherheitsbehörden geschaffen. Nach dem Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt haben sich die Regierungsfractionen nun darauf verständigt, dass der Fall durch eine Ermittlergruppe (Task Force) im Parlamentarischen Kontrollgremium aufgeklärt werden soll.

2

Weitere Themen der vergangenen Sitzungswoche waren die Eindämmung der Rocker-Kriminalität, die Neuaufstellung der Zollverwaltung, die Fortsetzung der Mission in Mali und der Unterstützung des Iraks im Kampf gegen den IS sowie die Stärkung der Europäischen Union und der Zugang zu Cannabis auf Kassenrezept.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

INNEN Geschlossen gegen den Terrorismus	3
INNEN Der Rocker-Kriminalität entgegenwirken	5
INNEN Zollverwaltung wird neu aufgestellt	6
GESUNDHEIT Cannabis auf Kassenrezept	7
AUSSEN Mission in Mali fortsetzen und den Irak im Kampf gegen den IS unterstützen	8
EUROPA Europa gemeinsam stark machen	9

TOP-THEMA

INNEN

Geschlossen gegen den Terrorismus

Rund vier Wochen ist es her, dass der Islamist Anis Amri mit einem gekaperten LKW einen Terroranschlag auf den Berliner Breitscheidplatz verübte. Am vergangenen Mittwoch debattierte der Bundestag in einer Aktuellen Stunde über die politischen Konsequenzen.

Im Zentrum der Debatte standen dabei die Vorschläge von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zum Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Dazu zählen Maßnahmen zur Abschiebehaft für sogenannte Gefährder, zur Ausweitung der Nutzung elektronischer Fußfesseln, zur Residenzpflicht für Asylbewerber, die über ihre Identität täuschen, sowie zur Verlängerung des Ausreisegewahrsams.

Konkrete Maßnahmen

Abschiebehaft: Bislang durften Ausländer nur dann inhaftiert werden, wenn sie nicht innerhalb von drei Monaten abgeschoben werden können. Da aber die Heimatländer die



Rücknahme oft verweigern, sollen die Hürden hier verringert werden. Es ist außerdem geplant, den Haftgrund „erhebliche Gefahr für die Sicherheit“ einzuführen.

Überwachung: Künftig sollen elektronische Fußfesseln auch vor einer Verurteilung bei Personen erlaubt sein, die von den Behörden als „Gefährder“ identifiziert wurden und bei denen eine konkrete Gefahr vorliegt, Menschenleben zu bedrohen. Nach der Haft gilt das grundsätzlich bei solchen extremistischen Straftätern, die wegen besonders schwerer Vergehen verurteilt wurden. „Gefährder“ ist ein Arbeitsbegriff der Polizei, es ist kein Rechtsbegriff. Die SPD-Fraktion dringt darauf, den Begriff gesetzlich und einheitlich zu definieren.

Residenzpflicht: Bei Asylbewerbern, die die Behörden über ihre Identität täuschen, soll eine verschärfte räumliche Beschränkung angeordnet werden können.

Rücknahmeabkommen: Wenn Herkunftsländer sich bei der Rücknahme von Ausreisepflichtigen querstellen, soll Deutschland den Druck erhöhen können. Auf welche Weise das konkret passiert, wird gegenwärtig verhandelt.

4

Heiko Maas hatte am vergangenen Mittwoch im Rechtsausschuss erläutert, dass die Ermittlungen nach möglichen Hintermännern und Unterstützern von Anis Amri andauern. Im Wesentlichen gehe es aber um die Frage, ob die Tat zu verhindern gewesen wäre. Auf Grundlage einer Chronologie behördlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit Amri, die den Abgeordneten und auch der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, werde nun analysiert, ob Fehler gemacht wurden. Dabei warnte Maas vor voreiligen Schlüssen aufgrund des heutigen Kenntnisstandes.

Task Force untersucht Behördenvorgehen

Die Fraktionsspitzen von SPD und Union haben sich darauf verständigt, diese Fragen zunächst von einer Task Force (Ermittlergruppe) des Parlamentarischen Kontrollgremiums aufklären zu lassen. Das Gremium kontrolliert die Nachrichtendienste des Bundes, erste Ergebnisse werden in rund vier Wochen erwartet.

Im Bundestag sagte Minister Maas den Opfern und Hinterbliebenen weiter schnelle Unterstützung zu (unter anderem aus dem Härtefallfonds des Bundes) und machte deutlich:



"Wir werden alles tun, dass sich ein Fall Amri nicht wiederholen kann". Das beste Mittel gegen Terroristen sei der wehrhafte Rechtsstaat.

Maas betonte auch die immense Bedeutung der Präventionsarbeit, denn allein mit Repression lasse sich die Terrorgefahr nicht bannen. Es sei wichtig, mit den rechtstreuen Moscheevereinen enger zusammenzuarbeiten; mit denjenigen, die radikalisierten, aber auch kurzen Prozess zu machen: Schließen!

Handlungsspielräume von Gefährdern einschränken

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva Högl warnte davor, immer wieder den Bürgern den Eindruck zu vermitteln, die Gesetze seien unzureichend. "Die Gesetze hätten in diesem Fall besser angewendet werden müssen", sagte Högl im Plenum. Sie dankte den Bundesbehörden für ihre Arbeit und rief alle Fraktionen dazu auf, gemeinsam dafür zu sorgen, dass die Menschen in Deutschland sich auch weiterhin sicher fühlen.

Burkhard Lischka, der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, mahnte zu Geschlossenheit und sagte: "Lautstärke ist nicht immer ein Zeichen von Stärke". Lischka ging vor allem auf die Bedrohung durch Gefährder ein und stellte klar, dass deren Handlungsspielräume eingeschränkt werden müssten. Für ihn steht auch fest: Gefährder, die abgeschoben werden sollen, müssen bis zur Abschiebung in Abschiebehäft.

INNEN

Der Rocker-Kriminalität entgegenwirken

Vereinigungen, insbesondere im Milieu der kriminellen Rockergruppierungen, können einen Deckmantel für vielfältige Formen der schweren und organisierten Kriminalität bieten, etwa Menschenhandel und Drogengeschäfte.

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag in 2./3. Lesung einen Gesetzentwurf verabschiedet, der ein schärferes Vereinsrecht vorsieht (Drs. 18/9758, 18/9947, 18/10102 Nr. 12). Künftig sollen Kennzeichen verbotener Vereinigungen und solche, die mit denen eines bereits verbotenen Vereins im Zusammenhang stehen, von anderen Gruppierungen im Bundesgebiet nicht mehr genutzt werden dürfen.



Auf diese Weise soll die Polizei anhand objektiver Kriterien feststellen können, ob ein Verein ein Kennzeichen in wesentlich gleicher Form verwendet wie der verbotene Verein.

Konkret bedeutet das: Künftig dürfen beispielsweise Abzeichen auf der Kutte von Motorradfahrern auch dann nicht verwendet werden, wenn sie denen eines verbotenen Vereins nur ähneln. Die Gesetzesänderung zielt vor allem auf solche Fälle ab, in denen Schwestervereine einer verbotenen Gruppierung die Kennzeichen der verbotenen Organisation beibehalten, und lediglich die jeweilige Orts- oder Untergliederungsbezeichnung austauschen.

INNEN

Zollverwaltung wird neu aufgestellt

Mit einem am vergangenen Donnerstag in 2./3. Lesung beschlossenen Gesetzentwurf soll die im Jahr 2000 begonnene Strukturentwicklung des Zolls fortgesetzt werden (Drs. 18/9987, 18/10319, 18/10444, Nr. 1.5).

Es ist geplant, eine Generalzolldirektion einzurichten, die die Zollverwaltung bundesweit leiten soll. In dieser Generalzolldirektion sollen die Aufgaben der Bundesfinanzdirektionen, des Zollkriminalamtes und Teile der Aufgaben der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung des Bundesfinanzministeriums zusammengeführt werden.

Die Struktur der Ortsebene der Zollverwaltung bleibt aber unberührt, da an den bisherigen Standorten der Mittelbehörden Dienstsitze geführt werden sollen.

Mit der Neuorganisation will die Bundesregierung Zuständigkeiten bündeln, Entscheidungs- und Informationswege straffen und dadurch die Zollverwaltung effizienter machen.



GESUNDHEIT

Cannabis auf Kassenrezept

Cannabis kann bei unterschiedlichen Krankheiten zur Bekämpfung chronischer Schmerzen eingesetzt werden. Mögliche Einsatzbereiche stellen beispielsweise die Behandlung von Übelkeit und Appetitlosigkeit bei Aids- und Krebspatienten oder die Förderung der Muskelentspannung bei Rheuma oder Multipler Sklerose dar.

Das Gesetz ändert allerdings nichts an der Haltung der Bundesregierung zur Freigabe von Cannabis. Der Eigenanbau – selbst der Eigenanbau zu medizinischen Zwecken – und die Verwendung zu Rauschzwecken bleiben verboten.

Bisher verfügen allerdings nur etwa 800 Patientinnen und Patienten auf Antrag über eine Ausnahmeerlaubnis zur Einnahme von medizinischen Hanfprodukten, die sie in der Regel aus der eigenen Tasche bezahlen müssen.

Am vergangenen Donnerstag hat der Bundestag durch eine Änderung der betäubungsmittelrechtlichen und anderer Vorschriften (Drs. 18/8965, 18/10902) beschlossen, dass Arzneimittel auf der Basis von Cannabis sowie getrocknete Cannabisblüten (Medizinalhanf) schwer und chronisch Erkrankten auf Rezept verschrieben werden können. Zudem werden die Kosten von den Krankenkassen übernommen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat außerdem im parlamentarischen Beratungsverfahren durchgesetzt, dass es neben fehlender Therapiealternativen ausreichend ist, wenn der behandelnde Arzt über die medizinische Notwendigkeit der Einnahme von Cannabisprodukten entscheidet. Eine Ablehnung der Kostenübernahme durch die Kassen ist nunmehr nur in begründeten Ausnahmefällen möglich. Um weitere Erkenntnisse zur Wirkung dieser Cannabisarzneimittel zu erlangen, wird die Kostenübernahme durch die Krankenkassen an eine wissenschaftliche Begleiterhebung geknüpft.

Für die Versorgung mit Cannabisarzneimitteln in kontrollierter Qualität soll der Anbau von Cannabis zu medizinischen Zwecken in Deutschland ermöglicht werden. Dabei sind die völkerrechtlich bindenden Vorgaben des „VN-Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe“ zu beachten. Die Aufgaben nach diesen internationalen Vorgaben sollen dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte übertragen werden (staatliche



„Cannabisagentur“). Dadurch wird die Versorgung der Patienten mit qualitativ einwandfreiem Medizinalhanf sichergestellt. Bis der staatlich kontrollierte Anbau in Deutschland, der eine Cannabisagentur voraussetzt, erfolgen kann, wird die Versorgung mit Medizinalhanf über Importe gedeckt werden. Die Arzneimittel sind künftig in Apotheken erhältlich.

Die SPD-Bundestagsfraktion appelliert an die Versorgungspartner, ein Sonderzeichen für die Abgabe von Cannabis in der Apotheke zu vereinbaren, um die Verwaltungspraxis nachvollziehen zu können.

AUSSEN

Minusma-Mission in Mali fortsetzen und den Irak im Kampf gegen den IS unterstützen

Die Bundesregierung will auf Bitte der Vereinten Nationen die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali“ (genannt Minusma) fortsetzen und erweitern. Die Regierung hat dazu einen Antrag vorgelegt, den der Bundestag am vergangenen Freitag erstmals beraten hat (Drs. 18/10819).

Die Sicherheitslage in Mali ist weiterhin angespannt. Zu den Kernaufgaben der Mission gehört, die Vereinbarungen zur Waffenruhe und die vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien und die Umsetzung des Friedensabkommens zu unterstützen. Dafür soll die Mandatsobergrenze bei 650 Soldatinnen und Soldaten bleiben.

Zusätzlich beabsichtigt die Bundesregierung, beginnend ab März 2017 und befristet bis zum Ende des ersten Halbjahres 2018, ein Hubschrauberkontingent nach Gao zu entsenden. Dafür sind bis zu 350 weitere Soldatinnen und Soldaten erforderlich, so dass insgesamt bis zu 1000 Soldatinnen und Soldaten für Minusma eingesetzt werden sollen.

Zudem hat das Parlament am vergangenen Donnerstag über einen Antrag der Bundesregierung bezüglich der Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regionalregierung Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte beraten (Drs. 18/10820).



Seit Beginn der multinationalen Ausbildung hat die Bundeswehr gemeinsam mit internationalen Partnern bereits mehr als 12.000 Sicherheitskräfte im Nord-Irak ausgebildet. Die Ausbildungsunterstützung erfolgt weiterhin auf Bitten und im Einverständnis mit der Regierung des Irak und der Regierung der Region Kurdistan-Irak. Sie ist ein wichtiger Pfeiler im Kampf gegen den IS und findet im Rahmen und nach Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit nach Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes statt. Die Mandatsobergrenze soll auch weiterhin bei 150 Soldatinnen und Soldaten bleiben, der Einsatz ist bis zum 31. Januar 2018 befristet.

Deutschland folgt damit verschiedenen Aufforderungen des UN-Sicherheitsrates. Trotz territorialer Verluste im Irak und in Syrien geht von der Terrororganisation IS weiterhin eine signifikante Bedrohung aus. Die militärischen Unterstützungsmaßnahmen bleiben in einem ganzheitlichen politischen Ansatz eingebettet, zu welchem unter anderem humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gehören.

9

EUROPA

Europa gemeinsam stark machen

50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, die als „Geburtsurkunde“ der Europäischen Union gelten, befindet sich Europa in einer schwierigen Situation und steht vor großen Herausforderungen. Euroskeptiker und rechte Nationalisten wie Le Pen, Orban, Wilders und die Lautsprecher der AfD wollen zurück in den Nationalismus und machen Stimmung gegen Europa.

Vergangene Woche hat die britische Premierministerin Theresa May eine harte Linie Großbritanniens bezüglich der anstehenden Brexit-Verhandlungen angekündigt. Der neue US-amerikanische Präsident Donald Trump nimmt diese Botschaft mit Wohlwollen auf und spricht vom Ende der Europäischen Union.

Der Bundestag setzte sich am vergangenen Freitag in einer europapolitischen Debatte mit der Zukunft Europas auseinander. Im Vordergrund standen dabei nicht nur die aktuellen Herausforderungen als Bewährungsprobe für die Europäische Union, sondern auch die



Chancen, die ein geeintes Europa bietet. Die Sozialdemokraten forderten angesichts der schwierigen Lage, dass sich Deutschland für die Einheit Europas stark machen muss. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist ein soziales Europa das wichtigste Anliegen.

Die Generalsekretärin der SPD und Abgeordnete mit britischen Wurzeln, Katarina Barley, forderte, Europa zu verbessern und es aus der Perspektive der Bürger weiterzubauen: „Dazu gehören für mich soziale Sicherheitsstandards“. Ein soziales Europa müsse ein Europa der Jugend sein. Dabei muss die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit vor allem in den südlichen EU-Mitgliedstaaten den jungen Menschen in Europa wieder Perspektiven geben.

Hierfür wäre ein „neues Steuerparadies im Vereinten Königreich“ fatal, denn es verringere die Handlungs- und Finanzierungsmöglichkeiten, um Investitionen und Arbeitsplätze für diejenigen zu schaffen, die sich „abgehängt fühlen“, sagte der SPD-Abgeordnete Joachim Poß.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Axel Schäfer machte deutlich, dass es jetzt auch darauf ankomme, dass der neu gewählte Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, dem Parlament „eine Stimme, ein Gesicht und eine Macht nach außen gibt, um gemeinsame Interessen auch gemeinsam zu vertreten.“ Es gehe darum, „in Vielfalt geeint zu sein anstatt in Einfalt geteilt“.